

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)



ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077,
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: KARL KERN, PRAG.

16. Jahrgang

Mittwoch, 25. November 1936

Nr. 274

Friedens-Nobelpreise:

Ossietzky und Saavedra Lamas



Carl von Ossietzky

Dölo. Der Nobelpreis für das Jahr 1935 wurde Carl von Ossietzky verliehen. Den Friedenspreis für das Jahr 1936 erhielt der argentinische Außenminister Carlos Saavedra Lamas.

Berlin schwer verärgert

Berlin. Obwohl die Verleihung des Friedensnobelpreises an Ossietzky an eingeweihten Stellen um die Mittagsstunde bekannt war, enthielten die Abendblätter und auch die 8 Uhr-Expresausgaben der Morgenblätter keine Mitteilung hierüber. Erst um 10 Uhr abends erscheinende Blätter veröffentlichten die offizielle Stellungnahme, aus der das hohe Maß von Verstimmung hervorgeht, die an den offiziellen Berliner Stellen herrscht.

Wie der Vertreter des CPD. erzählt, befindet sich Ossietzky gegenwärtig im Städtischen Krankenhaus von Berlin-Westend, anscheinend im Zustande der Rekonvaleszenz. Ob sein Gesundheitszustand es allerdings gestattet werde, sich zur feierlichen Preisverteilung nach Dölo zu begeben, lasse sich heute noch nicht sagen.

Ossietzky erklärte einem seiner Besucher, nicht in der Lage zu sein, zu der Verleihung des Preisess Stellung zu nehmen. Sie komme nicht vollkommen unerwartet, habe ihn aber dennoch sehr erfreut.

In der offiziellen Stellungnahme durch das Dölo heißt es u. a.:

Mit Carl von Ossietzky ist der Friedensnobelpreis zum erstenmal an einen von dem höchsten Gericht seiner Heimat verurteilten Landesverräter gefallen. Die Verleihung des Nobelpreises an einen notorischen Landesverräter ist eine demütigende und herausfordernde und Befehdung des neuen Deutschland, das darauf eine entsprechend deutliche Antwort erfolgen wird.

Salengros Nachfolger

Paris. Der Präsident der Republik unterzeichnete Dienstag das Dekret, durch das Ray Dormoy zum Innenminister ernannt wird. Die Stelle des Unterstaatssekretärs im Ministerpräsidentenrat, die Dormoy bisher innehatte, wird vorläufig unbesetzt bleiben. Unterstaatssekretär im Ministerpräsidentenrat ist noch der radikale Deputierte Francois de Lessan.

Franco geht der Atem aus!

Ruhigere Tage — Evakuierung der Nichtkämpfer
Erfolgreiche Vorstöße der Miliz

Madrid. (Gavas). Der Verteidigungsausschuss gibt Dienstag bekannt, daß an der ganzen Madrider Front absolute Ruhe herrscht. Regen und Schnee verhindern jede militärische Tätigkeit. Im Abschnitt des Univeritätsviertels haben sich die Aufständischen vollständig festgerannt und können nicht weiter. Einige Gebäude in der Umgebung gingen ihnen durch Gegenangriffe der Regierungstruppen verloren. Die Verteidiger von Madrid haben beschlossen, den Soldaten einen Ruhetag zu gewähren und mit der Evakuierung der Zivilbevölkerung zu beginnen. Das Nachrichtenbüro Habra meldet: Die Regierungstruppen haben an der Madrider Front einige Angriffe unternommen. Die Lage einiger Abteilungen der Aufständischen, die noch die Univeritätsstadt besetzt halten, wird immer schwieriger. In den letzten Tagen ist der Feind nicht vorgerückt und seine Lage an den beiden Flügeln hat sich verschlechtert. Montag abends versuchte er eine plötzliche Aktion mit Handgranaten, doch wurde der Angriff abge schlagen und der Feind

musste sich mit Verlusten zurückziehen. Bei dieser Operation hat sich die internationale Brigade ausgezeichnet. Die Artillerie der Aufständischen beschießte heftig den Abschnitt bei der Französischen Brücke, wo die republikanischen Abteilungen mit bewundernswertem Mut Widerstand leisteten. Bei Carabanchel sind Montag bei Morgengrauen wichtige Positionen kampfslos besetzt worden. 20 Milizionäre, welche die feindlichen Befestigungen unterminiert hatten, sprengten sie in die Luft. Die hiedurch demoralisierten feindlichen Soldaten ergriffen die Flucht.

St. Jean de Luz. Hier eintreffende Nachrichten besagen, daß baskische Abteilungen die Offensive ergriffen haben. Die Miliz in Bilbao, die sich ebenfalls an dieser Offensive beteiligt, setzt sich aus einigen tausend Mann, die mit Maschinengewehren und Geschützen aller Kaliber ausgerüstet sind, zusammen. Baskische Flieger bombardierten bereits einige Eisenbahnverbindungen der Aufständischen.

Demokratie, nicht Bolschewismus!

Eine Erklärung Caballeros

Balencia. (Gavas). Der spanische Ministerpräsident Largo Caballero hat folgende Proklamation erlassen:

„Entgegen anderslautenden im Ausland verbreiteten Behauptungen beabsichtigt die Regierung der Spanischen Republik nicht, ein Sowjetregime in Spanien zu gründen. Ihr wesentliches Ziel ist, das republikanische parlamentarische Regime zu wahren, wie es durch die Verfassung geschaffen wurde, die sich das spanische Volk frei gegeben hat. Die Aufständischen dagegen streben nach dem Faschismus und dem Antiparlamentarismus und haben, nachdem sie unter der faschistischen Fahne den Bürgerkrieg entfesselt haben, sich unzähligen Grausamkeiten gegen Antellektuelle, gegen Bürger sehr gemäßigter Gesinnung, gegen alle zuschulden kommen lassen, die der gesetzlichen Regierung ohne Vorurteile treu geblieben sind, und gegen Arbeiter und Bauern, deren Tausend gemordet wurden. Das Programm meiner Regierung beruht auf der Vereinigung aller demokratischen Kräfte, die sich in die Dienste der Verteidigung der parlamentarischen Freiheiten gegenüber der faschistischen Diktatur stellen. Die nächste Sitzung des Parlaments in Balencia wird das Symbol dieser unbedingten Einheit zwischen der Regierung und der überwiegenden Mehrheit des spanischen Volkes bilden.“

England warnt Franco

London. (Reuter.) Die Regierung Großbritanniens hat den General Franco ersucht, seine Kriegsschiffe auf die Erklärung des britischen Außenministers Eben im Unterhaus aufmerksam zu machen, deren Text mit dem Antrag der geplanten gesetzgeberischen Maßnahme der Burgos-Regierung eingeschickt wurde. Der britische Botschafter in Senaya erhielt den Auftrag, in Angelegenheit einer neutralen Zone in Barcelona neuerdings zu intervenieren, da die Antwort des Generals Franco in dieser Angelegenheit nichts Genaueres anführt.

Frankreich duldet die Piraten-Blockade nicht

Paris. (Tsch. P. B.) An französische amtlichen Stellen heißt es, daß die französische Regierung, da sie die Franco-Regierung nicht den Charakter einer kriegführenden Partei zuerkannt hat, eine Blockade Barcelonas durch die Flotte der spanischen Aufständischen nicht gestatten würde. Außerdem ist man der Ansicht, daß die Flotte der spanischen Aufständischen zur Durchführung einer wirklich vollkommenen Blockade nicht ausreicht

ist. Der Kriegsminister hat alle entsprechenden Maßnahmen zum Schutze der französischen Flotte in den spanischen Gewässern treffen lassen.

Ein deutscher Torpedo?

Balencia. (Reuter.) Dienstag wurde hier der Text eines umfangreichen Regierungskommunikés herausgegeben, in welchem deutsche und italienische Kriegsschiffe formal beschuldigt werden, daß sie den Aufständischen unausgeheftete Seeinformationen liefern. Was den mutmaßlichen Angriff eines fremden Unterseebootes auf den spanischen Regierungskreuzer „Miguel Servantes“ bei Cartagena betrifft, betont das Kommuniké, daß die Bruchstücke des Torpedos, die aufgefunden wurden, dafür zeugen, daß es sich um ein Torpedo weder spanischer, noch italienischer Probenienz handelt.

Eine Bombe — eine Hekatombe Opfer!

Madrid. (Gavas). Bei dem kürzlichen Bombardement Madrids ist eine Bombe auf eine Druckerei in der Nähe der St. Bernhard-Straße gefallen. Die Druckerei wurde fast vollkommen zerstört. Bei der Beseitigung der Trümmer wurden 70 Leichen geborgen. Etwa 20 Personen liegen noch unter den Trümmern begraben. Weitere Opfer befinden sich vielleicht noch in den Kellern des Gebäudes.

Die ersten Resultate aus Ostrau

Kommunisten büßen 50 Prozent ein

Mähr.-Ostrau. Von den Betriebsratswahlen im Ostrau-Karwiner Revier sind bisher inoffizielle Ergebnisse aus 26 Betrieben bekannt. Es zeichnen sich die Ergebnisse aus den 17 größten Unternehmungen.

Bisher erreichte der sozialdemokratische Verband 4710 Stimmen und 54 Mandate (gegenüber 4330 Stimmen und 53 Mandaten im Jahre 1932), der kommunistische Industrie-Verband 2226 Stimmen, 24 Mandate (4594, 47), die Nationale Vereinigung 3173 Stimmen, 37 Mandate (2817, 31), die nationalsozialistische Bewegung 954 Stimmen, 11 Mandate (702, 5), die Christlichsozialen 753 Stimmen, 9 Mandate (636, 8). Die Faschisten verloren ihr einziges Mandat.

Der Friedenspreis für Ossietzky

Ein Weltgewissen, eine Weltmoral, die Stimme der Gerechtigkeit — gibt es das noch? Wir haben längst gelernt, es zu bezweifeln. Wir haben den fast widerspruchsfreien Sieg des Unrechts, der Brutalität, der Barbarei auf allen Gebieten des Lebens und erlebten die Unterwerfung so vieler, die Bannerträger des Geistes waren, unter die Herrschaft des Ungeistes. Wir erlebten es, daß der Initiator der deutschen Aufrüstung die Umwandlung Deutschlands in einen Staat der Majern und der Waffenlager mit Friedensgerede begleitete und die Staatsmänner sich gebärdeten, als schenkten sie seinen Worten Glauben. Und wir mußten es wehen Herzens miterleben, miterdulden, daß er die Männer, die ihre Stimme für den Frieden erhoben hatten, in Gefängnisse und Konzentrationslager werfen ließ. Wie schwach erschienen dagegen die Proteste derer, die dem Friedensgedanken und dem Geiste treugeblieben waren! Wie ohnmächtig! Proteste von Privaten und Organisationen, die nirgends über Nacht verfügten. Daß Carl von Ossietzky für den Nobelpreis vorgeschlagen war, mußte als kaum mehr erscheinend den eine letzte Geste, durch die die mit dem Eingekerkerten sich selber betrogen, daß sie wenigstens der Friedensidee noch treu geblieben waren.

Und nun hat Carl von Ossietzky doch den Friedenspreis für das Jahr 1935 bekommen!

Und wir erkennen, daß die Stimme der Wahrheit und der Gerechtigkeit doch nicht ganz ohne Kraft ist, daß es auch in dieser Zeit der Verräterei und des vorsicht'gen Schweigens und des klugen Sichanpassens und der Furcht vor der Gewalt doch auch noch die Macht eines Weltgewissens gibt! Und daß diese Macht sogar zu siegen vermag! Denn der Mann, der den Friedenspreis bekam, ist ein von den Machthabern seines Landes Geächteter, ist ein Gefangener gewesen bis in die jüngsten Tage, ein Wehrloser, der seit der Ueberwälzung Deutschlands durch den Faschismus zum Schweigen gezwungen ist, und es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß die Herrschenden Deutschlands die Zuerkennung des Preisess an ihn, den Verhafteten, als schweren moralischen Schlag empfinden müssen. Daß Ossietzky trotzdem und gerade deshalb den Friedenspreis bekam, das offenbart die Kraft der Idee, die Sieghaftigkeit der Wahrheit auch gegenüber dem Faschismus. — Ossietzky wurde Träger des Friedenspreises, weil die Welt es wollte!

Ossietzky erfuhr im Berliner Städtischen Krankenhaus durch einen Vertreter der United Press, daß er den Preis bekommen hat. Er ist krank. Dreieinhalbjährige Gefangenschaft hat ihn niedergerworfen. Ossietzky leidet ernstlich an Tuberkulose. Daß er kürzlich aus der Haft entlassen und in ein öffentliches Krankenhaus gebracht wurde, ist gewiß nicht menschlichem Empfinden der deutschen Machthaber zu danken, sondern der Erwägung, daß es für sie ziemlich peinlich gewesen wäre, wäre der Friedenspreis dem Ossietzky verliehen worden. Die deutsche Regierung hat offenbar erfahren, daß die Möglichkeit der Preiszuerkennung an Ossietzky bestand.

Ossietzky ist unter allen bekannten Persönlichkeiten die des Friedenspreises würdigste. Er hat für den Frieden nicht nur durch sein Wort gewirkt, er hat für seine Ueberzeugung auch schwer gelitten. Die Faschisten lieben es, Friedensliebende gleichzusetzen mit Feigheit. Aber Ossietzky war allzeit ein tapferer Mann. Den Weltkrieg hat er vom blutigen Beginn bis zum traurigen Ende als Frontsoldat mitgemacht. Für das, was er schrieb, stand er mutig ein. Er floh, trotz Anraten seiner Freunde, nicht ins Ausland, als er 1923 wegen einiger in der „Weltbühne“ erschienener Aufsätze angeklagt und verurteilt worden war. Er ging ins Gefängnis. Er floh auch, obwohl er erwartet worden war, im Jahre 1933 nicht. Er wurde am 28. Februar verhaftet und saß seitdem in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Er ist ein ritterlicher Mensch, der zu seinen Worten und Taten steht — anders

als jener „Führer“, der sein Ehrenwort gegeben hatte, nicht zu pfeifen — und dann pfeifte.

Seiner Besinnung wegen wurde Offizier so langsam in Haft gehalten. Da er nun dieser Besinnung wegen und des Wirtens für sie den Friedenspreis bekam, so ist diese Preisverleihung zugleich schwerste moralische Verurteilung jener, die ihn gefangen hielten, schwerste moralische Verurteilung des Systems, das die menschliche aller Gesinnungen, die Friedensgesinnung, mit dem Kerker bestrafte. Der Häfling hat über seine Kerkermeister gestiegt, der Verfolgte über seine Verfolger, die Idee über die Gewalt.

Alle Friedensfreunde in aller Welt, alle Aufrechten, alle menschlich Gebildeten werden sich dessen freuen. Solche Siege sind ja so selten geworden! Wer das diesmal Wahrheit und Gerechtigkeit triumphiert, das die Stimme des Weltgewissens alle Einwände überdünne, das Offizier den Friedenspreis bekam, das gibt allen Kämpfern für die Wahrheit neuen Mut, neue Zuversicht. Wir überschätzen die Bedeutung dieser Preisverleihung nicht. Wir wissen, daß die politische Macht des Faschismus dadurch noch keineswegs beeinträchtigt ist. Und doch: diese Preisverleihung ist eine gewonnene Schlacht, eine gewonnene Schlacht im Kampfe für die Gerechtigkeit und die Freiheit!

Chalupa, sei es um die Festsetzung eines angemessenen Spirituspreises gegangen, und in dieser Richtung seien seine Ausführungen nur noch bekräftigt worden. Wenn Klemen erklärte, daß der Liebernahmepreis nicht 4, sondern nur 3,70 und 3,80 Kč betrage, so betrugere sich dadurch nur der Gewinn aus dem Spiritushandel, den Klemen mit 120 Millionen ausgerechnet habe. Diese Gewinne schreien nach einer gehörigen Besteuerung.

Vorher gab es in der Debatte noch einen Vorstoß des Vetterdepartierers Ostrch gegen die vermeintlichen Steuerbegünstigungen, die die Genossenschaften genießen und gegen das Genossenschaftswesen überhaupt. Der Vorstoß war mehr an die Adresse der Agrarier gerichtet, die ihr Genossenschaftswesen stark ausbauen. Dadurch werde das private Unternehmertum erschlagen. Ein Kommunist antwortete ihm mit dem einfachen Hinweis, daß davon wohl nicht die Rede sein könne, wenn der Anteil der Genossenschaften an dem Warenumsatz nur rund zwei Prozent beträgt.



„Wenn es schon keine Ehre unter Dieben gibt, dann wenigstens gegenseitige Bewunderung.“ („Times“)

Günstige Entwicklung der Staatseinnahmen

Seit Jahresbeginn um 844 Millionen, d. i. um 13,6 Prozent höher

Der Präsident des Obersten Rechnungskontrollamtes Dr. Sokal erklärte im Budgetausschuß u. a., eine Uebersicht über die Staatseinnahmen im heurigen Jahr ergebe ein günstiges Bild. Sie betragen heuer in den ersten sechs Monaten 7.044,6 Millionen gegenüber 6.200,1 Millionen in derselben Zeit des Vorjahres.

Für den Monat Oktober 1936 allein ergeben sich folgende Detailziffern (in Klammer die Ziffer für 1935): Direkte Steuern 174,0 (172,6), Umsatzsteuer 175,1 (157,0), Zölle 73,5 (69,9), Verbrauchssteuern 185,7 (161,0), Gebühren 138,2 (140,5), Monopole 4,7 (2,5), Gesamtsumme 752,3 (704,2) Millionen Kč.

Selbstverwaltungsschulden: 12.590 Millionen

Ueber die Gebarung der Selbstverwaltungskörper führte Präsident Dr. Sokal gleichfalls

interessante Ziffern an. Das Ausgabenbudget aller vier Länder betrug 1935 1242 Millionen, die präliminierten Einnahmen 1271 Millionen, der Stand des unbeweglichen Vermögens 1705, des beweglichen 1310 Millionen, die Landesanleihen 1281 Millionen. Die Verschuldung der Bezirke erreichte Ende 1935 1725 Millionen, die Schulden der Gemeinden gar 9.516 Millionen. Insgesamt betrug die Verschuldung der Selbstverwaltung Ende 1935 in Böhmen 8.203, in Mähren-Schlesien 3.297, in der Slowakei 1.001 und in Karpatenland 88 Millionen, was zusammen 12.590 Millionen ergibt. Der Vermögensstand der 88 staatlichen Fonds, die nicht im Staatsrechnungsbuch enthalten sind, betrug 1.494 Millionen, die Reserven 708 Millionen. An Stiftungen verwalte der Staat rund 2500 mit einem Gesamtvermögen von etwa 250 Millionen. Dazu kommen weitere 80 Millionen, die nach dem Friedensvertrag von Cesterreich übernommen wurden.

Der Sparausschuß steht hinter Remeš

Untersuchung im Arbeitsministerium zugesagt

Der Parlamentarische Spar- und Kontrollausschuß nahm in seiner gestrigen Sitzung einstimmig mit Zustimmung die Erklärung zur Kenntnis, die in seinem Auftrage Abgeordneter Remeš im Budgetausschuß bei der Debatte über das Budget des Ministeriums für öffentliche Arbeiten abgegeben hat. Hierbei konstatiert der parlamentarische Spar- und Kontrollausschuß mit Befriedigung, daß der Minister für öffentliche Arbeiten bei näherer Behandlung der Angelegenheit nicht geäußert hat anzuerkennen, daß während seiner ersten Erklärung die diesbezügliche Sektion des Ministeriums für öffentliche Arbeiten durch ein leineswegs richtiges Vorgehen die Verfassungsrechte des Parlaments antastete und daß infolge dessen eine amtliche Untersuchung zur Sicherstellung aller Anforerlichkeiten eingeleitet wurde, auf die er durch den parlamentarischen Spar- und Kontrollausschuß aufmerksam gemacht worden ist. Die sichergestellten Verfehlungen werden nach den gültigen Vorschriften verfolgt werden.

Strenge Untersuchung der Eisenbahnkatastrophen

Eisenbahnminister Wechyně gedachte im Verkehrsministerium des Senats der Opfer der beiden Eisenbahnkatastrophen vom Montag und konstatierte, daß seit dem Unglück von Neratovitz die Eisenbahnunfälle und ihre Ursachen auf das strengste untersucht werden, um auch festzustellen, ob nicht auch die Ursache der Eisenbahnkatastrophen die Ursache der Eisenbahnkatastrophen sind. Was in den Kräfte der Eisenbahnverwaltung liege, werde getan werden, um den Ruf unserer Bahnen als der sichersten in Europa beizubehalten.

Sektionschef Šaně gab dann einen Bericht über das Unglück in Letovice, aus dem hervorgeht, daß bei der Freigabe des Signals für den Schnellzug der Laßzug in der Station ungefähr 20 Meter vor der zulässigen Grenze stand. Erst nach Freigabe des Signals setzte sich der Laßzug aus bisher unbekannter Ursache in Bewegung und fuhr über den Grenzposten hinaus. Im Stellhaus wurde dies sofort bemerkt und dem Schnellzug das Haltesignal gegeben, doch hatte der Schnellzug in diesem Moment bereits das Signal

passiert. Er verlangsamte auf die Haltesignale der Laßzugbegleiter zwar sofort die Fahrt, doch konnte der Zusammenstoß nicht mehr verhindert werden.

Das Zugunglück bei Galanta wird auf den Nebel zurückgeführt. Der Chauffeur des Motorzuges behauptet, der Verkehrsbeamte habe ihm die Zustimmung gegeben, auf dem von dem Arbeitszug besetzten Gleise zu fahren; der Verkehrsbeamte bestreitet dies. Der Weichensteller ließ jedenfalls den Motorzug passieren. In dem Nebel bemerkten die Führer der beiden Züge einander zu spät.

Raummangelshalber müssen wir einen Auszug aus dem Exposé des Ministers über die Investitionspolitik der Staatsbahnen auf unsere nächste Folge verschieben.

Staatsbeamtenärzte für den Gesundheitsminister. Samstag, den 21. November, trafen die Delegierten des Vereines der Staatsbeamtenärzte in Brünn zusammen. Es wurde der Antrag angenommen, daß die Landes-sanitätsreferenten mindestens einmal im Jahre zusammenkommen, um über sanitäre Fragen in den einzelnen Ländern zu beraten. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Sanitätsagenda bei den Landesämtern bisher nicht in den Händen des Sanitätsreferenten konzentriert ist, wie dies der Minister für öffentliches Gesundheitswesen verlangt hat. Ministerialrat Dr. Dolouh referierte über das Programm der Kurse für Amtsärzte, die Ende Heber in Brünn abgehalten werden. Den Inhalt dieser Vorträge und Demonstrationen wird die Hygiene in der Industrie bilden. Mit Befriedigung wurde zur Kenntnis genommen, daß der Minister für öffentliches Gesundheitswesen in seinem Exposé der Errichtung einer Schule für die Erziehung von Amtsärzten beim Staatlichen Gesundheitsinstitut in Prag Erwähnung getan hat.

Horthy in Rom

Rom. (Ag. Stef.) Der ungarische Landesverweser Horthy traf mit Gemahlin und seiner Begleitung Dienstag mit einem Sonderzuge um 15.45 Uhr in Rom ein. Rom ist mit Fahnen in den italienischen und ungarischen Farben festlich geschmückt. Horthy wurde mit den höchsten militärischen Ehren empfangen.

Scharfe Kontroverse wegen der Spiritusbewirtschaftung

Brag. Dienstag abends beendete der Budgetausschuß die Kapitel Finanzen und Oberstes Rechnungskontrollamt, so daß für die letzte Sitzung am Mittwoch noch die Aussprache über das Finanzgesetz und die Abstimmung erübrigt. In der Debatte gab es wieder einen scharfen Angriff gegen das Monopol der Spiritusverwertungs-gesellschaft, diesmal von dem tschechischen Sozialdemokraten Remeš.

Remeš erklärte, er stehe sonst den Staatsbetrieben nicht sehr günstig gegenüber, aber hier könne man den Gedanken des staatlichen Verkaufsmonopols ohne weiteres verwirklichen: Der Export sei gleich Null und so brauche man gar keine besonderen Kennnisse dazu, um die Distribution des Spiritus zu befähigen, den wir selbst benötigen. Entweder ein staatliches Monopol oder freier Handel; etwas Drittes sollte es nicht geben. Wenn es nicht zu einer Neuorganisation kommt, so werde niemand glauben, daß es da keine Hintergedanken und keine moralisch nicht ganz einwandfreien Maßnahmen gäbe. Es sei bedauerlich, daß sich das Finanzministerium nicht binden wolle und die Sache als eine politische Frage ansehe. Die Spiritusbewirtschaftung sei nicht eine politische, sondern eine eminent wirtschaftliche Angelegenheit, die jedem politischen Einfluß entzogen werden müsse.

Der tschechische Agrarier Klemen reagierte auf diese Vorbehalten und die geistige Rede

Chalupas in einem auffallend gereiztem und ausfälligem Tone, sprach von einer „Kampagne aufgelegter Phantasereien und übler Reden“, die ihren Weg auch in die Debatte gefunden habe, und die sich gegen die Landwirtschaft, beziehungsweise ihre industriellen Betriebe in den gebirgigen Gegenden richtete.

Wenn man von Schlechtem spreche, so passe das besser auf die Benjandurtrie; hier könnte man Einnahmen für den Staat suchen. Eine Broschüre über die Verhältnisse in der Spiritus-gesellschaft bezeichnete er als „anonymen Tratsch“. Die jetzige Gesellschaft wirtschaftet für den Staat um jährlich 300 Millionen günstiger; ihre Gebarung sei unter ständiger Aufsicht. Außerdem hätten sich die Monopole in fremden Ländern nicht bewährt. Warum wehre sich die ganze übrige Industrie gegen die dirigierte Wirtschaft, wie sie die Spiritusindustrie zuerst praktisch bewirkt habe? Wahrscheinlich, weil sie sich nicht mit einer so geringen (?) Entlohnung für ihre Arbeit begnügen würde. Die Regierung sollte daher die Spiritusbewirtschaftung für eine weitere vierjährige Periode dem bisher damit betrauten Organ übertragen.

Chalupa (Soz.-Dem.) verbandete sich in einer persönlichen Bemerkung dagegen, mit jenen in einen Topf geworfen zu werden, die die Weinindustrie auf Kosten der Spirituswirtschaft unterstützen wollen. Der Autor der von Klemen zitierten Broschüre, Kubata, sei eine bekannte Persönlichkeit und bekannt sei auch der Versuch von gewisser Seite, ihn zu ermorden; nur seiner Charakterfestigkeit sei es zuzuschreiben, daß er sich nicht verlocken ließ. Ihm,

ter sehen dürfen, Otto hatte sich verpflichtet, ihr den Aufenthaltsort des Kindes jeweils bekannt zu geben.

Isabella fuhr zu ihrer Mutter, die alte Frau weinte, sie begriff nicht, was geschehen war, ihre Tochter war geschieden, eine Ehe war in Brüche gegangen, die Zeit war aus den Fugen. Isabella lebte bei der Mutter, begrub sie, verkaufte die letzten Reste des Familienverbes und nahm sich eine kleine Wohnung, zwei Zimmer, eine dunkle, enge Küche. Sie legte den Namen ihres Mannes ab, sie nannte sich wieder Mertens; sie wollte jede Verbindung mit dem Menschen zerbrechen, der ihr Kind gestohlen hatte.

Otto ließ sie suchen und bot ihr mehrmals Geld an; einmal, als sie in Not war, nahm sie es an, aber das Brot, das sie dafür kaufte, blieb in ihrer Kehle stecken und sie weinte, nächstmal. Sie suchte einen Posten, als Erzieherin, als Klavierspielerin, als Uebersetzerin; ein bißchen Klavierspiel, ein bißchen Französisch hatte sie ja im Institut gelernt. Sie versuchte zu spät, was sie, als ihr Leben begann, nicht hatte versuchen dürfen. Sie wurde überall weggeschickt. Sie war mehrmals nahe daran, Schluß zu machen; aber der Gedanke daran, daß ihr Kind sie vielleicht einmal brauchen würde, hielt sie zurück. Woan sie lebte, suchte niemand; sie bekam Briefe von verschiedenen Firmen, Prospekte lagen in ihrem Zimmer, eine neue Wandverkleidung für Badezimmer, neues Material für Gartengläser, billige Stahlmöbel. Manchmal kam der Geldbriefträger; die Beiträge, die er brachte, waren nicht hoch. Sie zahlte die Miete pünktlich, sie trug teure Kleider, die grellfarbig waren und für ihre Erscheinung um ein paar Nuancen zu jugendlich. Sie entfärbte ihr Haar, das warme Blond wich einem knalligen, weißlich schimmernden Gelb. Nach dem Zusammenbruch tat die Einfamkeit ihr wohl; ein paar Jahre später ertrug sie sie nur noch unter Qualen. Anfangs hatte sie die Briefe ihrer Tochter gesammelt; nun warf sie sie nach wenigen

Zagen fort. Sie liebte ihr Kind, aber sie löste sich langsam von dem Gedanken los, nur für das Kind zu leben. Das Kind wuchs, das Alter kam näher. Nun begann Isabella ihre Mutter zu verstehen: Es war gut, verorgt zu sein, einen Mann zu haben, der Geld ins Haus brachte, nicht allein zu sein an den Abenden, an denen das Wetter so schlecht war, daß man auch den kurzen Weg ins Café Finsterbusch gern bernied. Noch hing sie an ihren alten Freuden, aber sie war, sich darüber klar, daß die Aussichten für eine zweite Ehe dort gering waren; eine Frau wie sie, nicht mehr jung, geschieden, arm — was konnte sie fordern? Mittelmeier hätte zu ihr gepakt, oder Werleiner, oder Baal; ein Mann, der seine Träume ausgeträumt hat, der seine zerbrochenen Illusionen nicht mehr beweint, der weiß: das Wichtigste ist, daß am ersten des Monats ein paar Banknoten auf dem Tisch liegen, die Stube im Winter gut geheizt ist, die Kleider in Ordnung gehalten werden, die Küche sich seinem Geschmack anpaßt und es noch für die kleinen Ausgaben reicht, ein paar Kinokarten, ein paar Zeitschriften, eine Flasche Wein zum Geburtstag. Vielleicht liebte man sich auch ein wenig, und holte nach, was man verkannt hatte: die Welt mit zwei Herzen zu erleben, einen Kameraden an der Seite zu haben; dann konnte man vielleicht doch noch mit einem Lächeln in die Jahre des Alters hinübergehen.

Doch all dies lag in Dämmerung, wie die Vergangenheit, und das Haus, in dem sie neben einem Mann lebte, grauhaarig, glütig, besonnen, war ebensoweit entfernt wie das Haus, in dem Uegrohmutter die Decken gehäfelt und der Onkel General seine Memoiren geschrieben hatte, mit regelmäßigen Jügen auf diesem Papier, das nie vergilbte. An den Tagen konnte man sich Trost aussprechen, die Gedanken ließen sich lenken; in den Nächten aber sang es im Blut, bohrte es im Hirn, trock bleierne Schwere in die Glieder.

(Fortsetzung folgt.)

Das Kaffeehaus in der Seitengasse
Roman von Fritz Rosenfeld

Er mußte sie sehr geliebt haben, denn als sie verlangte, daß er sich scheiden lasse und sie heirate, teilte er dies Isabella mit, in einer fast kindlichen Zaghaftigkeit, wie ein Schulbub der Mutter eine schlechte Note eingestekt. Er wollte für Isabella sorgen, aber sie sollte ihm das Kind lassen. Sie erwiderte nicht auf seinen Vorschlag. Sie hätte ihn jederzeit freigegeben — aber von ihrem Kind wollte sie sich nicht trennen. Ein zweites Mal unterbreitete er ihr seinen Plan, dann sandte er den Rechtsanwalt. Sie willigte in die Scheidung ein, doch weigerte sie sich, auf das Kind zu verzichten. Otto liebte das Kind, sie sollte doch nicht die beste Regierung, deren er fähig war, erlösen. „Sie müssen ihn ja kennen“, sagte sie zu dem Anwalt. Er bildete in seine Aktenmappe. Schwäge. Sie lehnte weitere Unterredung über diesen Punkt ab. Wochen vergingen. Die Anwälte verhandelten, sie waren in allen Fragen einig, nur wenn die Rede auf das Kind kam, brach das Gespräch ab. Das erklärte Ottos Rechtsanwalt eines Tages dem Anwalt Isabellas: Die Frau solle doch nicht so starkköpfig sein, er hätte ein Mittel, das Kind in die Hand zu bekommen, und er wollte es anwenden, wenn ein gutwilliger Verzicht nicht zu erzielen war. Er nannte den Namen Gasmanas.

Der Anwalt berichtete Isabella. Sie startete ihn an, sie wich zurück, bis an die Mauer, spreizte die Arme, als suchte sie an der glatten, kalten Wand einen Halt

„Sagen Sie mir die Wahrheit.“ hat der Anwalt.

„Die Wahrheit?“ schrie Isabella. „Die Wahrheit ist, daß der Lump eine Mätresse hat, die sein Geld auffrischt, daß er mich mit Gasmanas verkuppeln wollte, weil er neues Geld für seine Mätresse braucht, und daß er das Kind bei sich behalten will, weil ihm vor der alternden Frau, die ihn gefangen hält, graut. Aber er bekommt das Kind nicht, niemals, nie!“

Der Anwalt war fortgegangen. Isabella lag auf dem Sofa, das Mädchen hatte kalte Kompressen gebracht, mit geschlossenen Augen lag sie da, am ganzen Körper zitternd. Otto kam, spielte den besorgten Vatten. Da sprang sie auf, brüllte ihn an, er solle sich fortsetzen, er solle zu seiner Mätresse gehen, er solle ihr nicht mehr unter die Augen kommen; sie ergriff einen Briefschreiber, der auf dem Schreibtisch lag, schleuderte ihn gegen Otto, der im letzten Augenblick auswich; sie stürzte wieder in Dunkelheit, grenzenlos und stumm.

Wochen und Monate lag sie in dieser Dunkelheit. Sie wich nicht, als der Prozeß begann. Der Mann von Welt, der Mann mit Schliff, der Gentleman Gasmanas sagte vor Gericht aus, was Otto von ihm verlangte. Die Beweisführung ihres Anwalts über den Ehebruch Ottos verfiel; er stellte die Beziehungen zu seiner Mätresse als reine Geistesfreundschaft dar, und die Frau erwies ihm den großen Dienst, aller Eitelkeit entledigt, vor den Richtern die Halslosigkeit des Verdachtes zu erweisen, in dem sie erklärte: „Er ist um zwanzig Jahre jünger. Ich könnte seine Mutter sein. Nur die Phantasie einer maßlos Eiferüchtigen konnte diese Freundschaft in den Schmutz ziehen.“

Das Kind wurde Otto zugesprochen. Isabella verzichtete auf die Unterstützung, die Otto ihr mit einer edlen Geste anbot, obgleich die Ehe aus ihrem alleinigen Ver schulden geschieden wurde. Otto reiste mit dem Kind ab, bei Nacht und Nebel; einmal im Jahr sollte sie ihre Toch-

Judetendentscher Zeitspiegel

Im Zeichen des Kreuzes

Kuffig, 24. November.

Ein Pressefandal, der seinesgleichen sucht, weil er nur der Ausfluß eines, die öffentliche Meinung verpestenden Systems ist, rüttelt seit einigen Tagen in Stadt und Bezirk die Gemüter aller anständigen Menschen zur Abwehr auf. Die „Christlichsozialen Kuffiger Deutsche Presse“ brachte am Freitag, den 20. November l. J., in entsprechend großer Aufmachung einen Artikel mit dem schreienden Titel:

SOS! Es geht um Kinderseelen! Furchtbarer moralischer Zustand von Bürgerschülerinnen.

In diesem Artikel wurde mitgeteilt, daß der Zufall das Blatt in Kenntnis von Briefen gebracht hat, die Schölerinnen der 1. Klasse einer Kuffiger Bürgerschule an Schüler geschrieben haben und diese Briefe enthielten einen solchen moralischen Tiefstand der betreffenden Schölerinnen, daß ein Vertuschung falsch wäre.

Dann wird verlangt, daß „nachdem Eltern und Schule nicht mehr imstande sind, die Kinder vor derartiger Verführung zu schützen, die Religion zu Hilfe gerufen wird. Das Kreuz muß wieder hinein in die Schulklassen, weil es allein die Seelen der Kinder reinzuhalten vermag!“

Und dieser Ausruf soll wahrscheinlich den Beginn eines kleinen Kulturkampfes in den Kuffiger Volks- und Bürgerschulen ankündigen.

Selbstverständlich wurde von den zuständigen Stellen der Gemeinde und des Ortsschulrates sofort eine Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnis eine einzige Anklage gegen eine Journalistin ist, die einen schon im disziplinären Wege von der Direktion im Einvernehmen mit den Eltern geahndeten Vorfall, wie er sich bei Kindern in diesem Alter öfter ereignet, in so schamloser Weise aufschrieb, die Schule in unerhörter Weise diffamierte und die gute Zusammenarbeit von Schule und Eltern in der unantastbarsten Weise zu untergraben versuchte. Noch dazu handelt es sich offensichtlich um das persönliche Nachbedürfnis eines den Behörden bekannten Menschen, der für die „Kuffiger Deutsche Presse“ arbeitet, Mitglied des Elternrates dieser Schule ist und Drohungen äußerte, weil die Leiterin der Schule im Elternrat keine Anordnung in der Gebahrung mit Spenden erteilte. Das „furchtbare, unmoralische Ereignis“ bestand darin, daß in der Religionsstunde zwei Schölerinnen sich gegenseitig einfache Kleinigkeiten beschrieben und sich austauschten. Von einem Briefwechsel zwischen Schölerinnen und Schölerern war überhaupt keine Rede. Das genügte dem Berichterstatter zu dem niederträchtigen Angriff und die Redaktion des Christenblattes hat davon Gebrauch gemacht, ohne sich auch nur im geringsten zu kümmern, ob die Sache wahr oder nicht.

Aber es handelt sich hier nicht um einen einzelnen Fall, der auch einem anständigen Blatt einmal passieren kann, sondern, wie gesagt, um ein System. Die unwahre Berichtserstattung der „Kuffiger Deutschen Presse“ war schon wiederholt Gegenstand von Beschwerden im Stadtrat, von Richtigstellungen und Verichtigungen. Erst vor ein paar Wochen war das der Fall und die beiden christlichsozialen Stadträte erklärten, sie könnten keine Verantwortung übernehmen, weil es sich um kein Parteiblatt handle, obwohl sie eine solche Schreibweise nicht beden. Zwei Tage später konnte man in demselben Blatte einen Bericht über eine Versammlung lesen, in der sich die beiden Stadträte wieder vollständig mit der unwahren Berichtserstattung solidarisch erklärten. Mit einer derartigen Regierungspartei ist also die Arbeit kein Vergnügen und die Christlichsozialen in Kuffig brauchen sich nicht zu wundern, wenn die wiederholt so ungerecht Angegriffenen endlich die Geduld verlieren. Derartige Auswülfte können nicht mehr mit Richtigstellungen allein gut gemacht werden.

Marokkaner-Bajonette für Julius Deutsch!

Eine Forderung der deutschbürgerlichen Provinzpresse

Die „Duzer Zeitung“ spottet darüber, daß Julius Deutsch nach Spanien gegangen ist und sagt ihm nach, daß die österreichische Armee feinerzeit als der Staatssekretär für Heereswesen war. „Eine Spezialtruppe für Plünderungen“ gemeint sei. Außerdem bedauert sie, daß er in den Heererkämpfen in Wien nicht gefallen ist und schreibt dann: „Welch profaner Gedanke, die Druft eines autromarxistischen Intellektuellen dem Bajonett eines Marokkaners preiszugeben!“

Nun, die österreichische Armee unter dem Kommando der Sozialdemokraten hat Österreich das Burgenland und Kärnten erklämpft. Die österreichischen Arbeiter haben die bedrohte

Seimat damals mit ihrem Blute verteidigt. Heute werden sie dafür von den Böllischen als Plünderer beschimpft! Marokkaner-Bajonette dünken den Böllischen gut für Sozialisten, das wissen wir schon lange. Aber dieses gnostische Verständnis wurde wohl noch nie so offen gemacht wie von der „Duzer Zeitung“, die es selbstverständlich für erfreulich hält, daß der Feindwachtbrief seinen geheiligten Leib aus dem Münchener Butsch gestreut hat, um jetzt den deutschen Arbeitern das Hungern empfehlen und Friedensfreunde in Konzentrationslagern zu Tode quälen zu können. Und daß vor allem Henlein und Hitler nicht im Kriege geblieben sind...

Als verantwortlich für die „Duzer Zeitung“ zeichnet ein gewisser Rudolf Hofmann, der feinerzeit sein Brot als Soldat für die Liberalen „Lepliker Zeitung“ verbiente. Für die Schriftleitung zeichnet E. Weigenb. Duz. Man wird sich die Herren merken.

Lohnbewegung der Handschuharbeiter des Erzgebirges

Vor kurzem berichteten wir in einer längeren Abhandlung über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Handschuhindustrie des oberen Erzgebirges, in der zur Zeit eine seit Jahren nicht verzeichnete Hochkonjunktur herrscht, während die Arbeits- und Lohnverhältnisse geradezu skandalös sind.

Die Arbeiterschaft dieser Branche hatte die Forderung nach einer Teuerungsausgleich in der Höhe von 50 bis 300 Kc gestellt. Daraufhin antworteten die Unternehmer „endgültig“, daß sie eine einmalige, für die Zukunft unverbindliche Ausgleich von 50 bis 100 Kc je nach der Art und Dauer der Beschäftigung auszahlen wollten. Die Arbeiterinnen sollten von dieser Ausgleich über Haupt von vornherein ausgeschlossen sein.

In der Zwischenzeit hatten aber die Prager Handschuhfabrikanten mit den Vertretern der Arbeiterschaft eine Verabredung abgeschlossen, wozu sie Teuerungsausgleich und Weihnachtsgeld von 90 bis 225 Kc auszahlten; diese Beträge wurden auch für die Filialbetriebe im Erzgebirge bewilligt. Die Teuerungsausgleich von 75 bis 150 Kc wurde in Prag bereits am letzten Samstag zur Auszahlung gebracht.

Als diese Tatsache bekannt wurde, bemächtigte sich der Arbeiterschaft des Erzgebirges mit vollem Recht eine ungeheure Erregung. Montag fand in Aicha eine Massenversammlung der Handschuharbeiter statt; beide zur Verfügung stehenden Säle waren überfüllt, hunderte Arbeiter fanden keinen Platz mehr. Die Genossen Hofmann und Schiller nahmen in kurzen, trefflichen Ausführungen zu dem „Angebot“ der Unternehmer Stellung. In der Aussprache kam die feste Entschlossenheit der Erzeugnisarbeiter zum Ausdruck, für ihre gerechten Forderungen den Kampf aufzunehmen, wenn die Unternehmer ihren Standpunkt nicht ändern. Die Arbeiterschaft lehnt es einmütig ab, sich mit einer niedrigeren Ausgleich zufrieden zu geben, als in Prag zur Auszahlung gelangte.

Hilgenreiners Handlanger rühmen sich ihrer Schergendlenste

Die Brüner „Arbeiter-Zeitung“, das Organ des Auslandsbüros der Revolutionären Sozialisten Österreichs, hat ihr Erscheinen eingestellt. In der letzten Nummer wird mitgeteilt, daß außerpolitische Rücksichten, welche die Tschchoslowakei nehmen zu müssen glaubt, die Einstellung der Zeitung bedingen (sie wird natürlich illegal in Österreich auch weiter hergestellt werden). Die Christlichsoziale, bzw. Hilgenreinersche „Deutsche Presse“ bemerkt zu der Einstellung des sozialistischen Blattes:

Wie wir dazu erfahren, haben sich auch die maßgebenden Vertreter der Deutschen Christlichsozialen Volkspartei immer bemüht, die führenden Staatsstellen zu übergeben, daß eine Emigrantenpolitik auf dem Boden unseres Staates ein Hindernis für den friedlichen Aufbau in Mitteleuropa ist. Man erwartet, daß nunmehr die Reste dieser Emigrantenpolitik liquidiert werden.

Zunächst sei gesagt, daß die Herrschaften sich zu Unrecht des Erfolges ihrer schäbigen Hebe rühmen. Sie haben keinerlei Verdienst an der Einstellung. Es handelt sich hier um eine außerpolitisch begründete Maßnahme, die wir, nebenbei bemerkt, nicht für glückselig und für einen Ausfluß derselben illusionären Verständigungsbereitschaft halten, die etwa im Abkommen vom 11. Juli dauernd einen Gewinn für den europäischen Frieden erblickt und von den sozialdemokratischen Rednern in der außerpolitischen Debatte des Senats, vom Genossen Dr. Heller und Genossen Ing. Winter (Höfl. Soz.-Dem.) entsprechend kritisiert wurde. Die Christlichsozialen sind aber auf keinen Fall gefragt worden und es ist niemandem eingefallen, Seine Magnanimität und Wichtigkeit, Herrn Senator Professor Dr. Hilgenreiner, in eine außerpolitische Entscheidung dreinzubringen zu lassen.

Erdobdem bleibt die Gehe der Hilgenreineraner, bleibt der traurige Mut, sich dieser Gehe

zu rühmen, eine Schande für die Christlichsozialen. Sie haben selbst eine katholische Emigration hier im Lande (die Hilgenreiner vielleicht auch ins KZ zu liefern bereit ist?) und sie können nicht wissen, ob nicht auch andere Katholiken einmal als Emigranten ein Aht suchen. Man wird ihnen dann die Heftblätter des Herrn Hilgenreiner vor die Nase halten und sie können sich bei diesem christlichen Diktator für seine, gewiß nicht der Nächstenliebe entspringenden Attacken gegen die Emigration bedanken!

Die Jugend will leben!

Gemeinsame Kundgebungen der gewerkschaftlichen Jugend und des Sozialistischen Jugendverbandes

Am 13. Dezember werden in Karlsbad, Komotau, Teplitz, Bodenbach, Rumburg, Reichenberg, Mähr.-Schönberg und Bagerndorf große gemeinsame Jugendkundgebungen stattfinden, die von den freien Gewerkschaften und dem Sozialistischen Jugendverband einberufen werden. Der Kampf um Arbeit und Hilfe für die arbeitende und arbeitslose Jugend wird in den nachstehenden Forderungen zum Ausdruck gebracht werden.

1. Eingliederung der arbeitslosen Jugendlichen in den Arbeitsprozeß.
2. Heranziehung Jugendlicher zu Notstands- und Investitionsarbeiten zu mindestens 20 Prozent.
3. Bedingungslose Eingliederung aller jugendlichen Erwerbslosen in alle öffentliche Gießereien.
4. Durchführung von Auspreise- und Verkündigungsaktionen für jugendliche Erwerbslose in den Notstandsgebieten.
5. Erhöhte Vorfürge für die Jugend, vor allem Einschulung erwerbsloser Jugendlicher in industrielle und gewerbliche Betriebe.
6. Einhaltung und Überwachung aller gesetzlichen Jugendbeschäftigungsvorschriften in den Betrieben.

Die Aufrufe zu diesen Kundgebungen sind von der Zentralgewerkschafts-Liomission und dem Sozialistischen Jugendverband gezeichnet.

Sozialdemokratische Gemeindegemeinschaft im Kreis Trautenau. Im Organisationsgebiet unserer Kreisorganisation Trautenau fanden am letzten Samstag und Sonntag drei sehr gut besuchte Konferenzen der sozialdemokratischen Gemeindegemeinschaften der Bezirke Braunau, Trautenau und Arnau-Hohenleitz statt, in welchen Genosse Bürgermeister Böhl über „Die Gegenwartsprobleme der Gemeinden und Bezirke“ und

Zur Verleihung der Friedenspreise

Gemäß den Statuten des Norwegischen Nobelkomitees müssen die Vorschläge für die Verleihung des Friedens-Nobelpreises spätestens bis zum 30. Jänner eines jeden Jahres eingebracht werden. Vorschlagsberechtigt sind die Mitglieder und ehemaligen Mitglieder des Nobel-Komitees und die dem Norwegischen Nobel-Institut beigegebenen Berater, die Mitglieder der verschiedenen Verammlungen und der Regierung der verschiedenen Staaten sowie auch die Mitglieder der Interparlamentarischen Union, die Mitglieder des Ständigen Schiedsgerichtshofes in Haag, die Mitglieder des Internationalen Friedensbüros in Genf, die Mitglieder und Gesellschaften des Instituts für internationales Recht, die Universitätsprofessoren des Rechts, der politischen Wissenschaft, der Geschichte und Philosophie an den Universitäten und schließlich die Personen, die bereits den Friedens-Nobelpreis erhalten haben.

Den Vorschlag, den Friedens-Nobelpreis Ostfiekli zu verleihen, haben eingebracht: Aus Amerika 25 Professoren, eine Reihe von Senatoren und die bereits im Jahre 1935 mit dem Nobelpreise ausgezeichnete Jane Addams, welche später gestorben ist; aus England sieben Mitglieder des Hauses der Lords, 86 Mitglieder des Unterhauses und viele Professoren. Aus Frankreich Geny Guernut, welcher zur Zeit der Einbringung des Vorschlages Unterrichtsminister war, ferner 119 Mitglieder der Kammer und des Senats und 20 Professoren; aus Belgien die Minister Vandervelde und Geny de Man, der Vorsitzende der Zweiten Internationalen de Broodere sowie zahlreiche Mitglieder des Parlamentes und Professoren; aus der Schweiz 125 Mitglieder der beiden Parlamente und zehn Professoren; aus der Tschchoslowakei 54 Senatoren und Abgeordnete, darunter der Präsident des Senats Dr. Soukup und der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Taus sowie sechs Professoren; aus Holland zahlreiche Professoren und Abgeordnete; aus Norwegen 89 Mitglieder des Parlamentes und viele Professoren; aus Schweden 80 Mitglieder des Parlamentes; aus der Türkei Professoren der Universität Istanbul. Außerdem haben auch zehn Mitglieder des Internationalen Friedensbüros und der ehemalige Friedens-Nobelpreis-Träger Ludwig Duibbe Ostfiekli für den Friedenspreis vorgeschlagen.

Der deutsche Pazifist Carl von Ostfiekli wurde am 8. Oktober 1889 geboren. Er hat sich zum Gedanken des Friedens bereits vor dem Kriege bekannt. Nach dem Kriege ist er in der Hamburger Friedensbewegung hervorgetreten und wurde Generalsekretär der Deutschen Friedensgesellschaft. Hierauf ging er zur Publizistik über. In der Berliner „Vollzeitung“, im „Tagebuch“ und in der „Weltbühne“ führte er einen heftigen Kampf gegen die Rüstungen und für die Propagierung des Friedensgedankens.

Eine gute Absage Frankreichs Jungsozialisten an die Kommunisten

Im „Populaire“ beschäftigte sich Bernard Chochon, einer der Führer der SJ in Frankreich, mit den verschiedenen Angeboten der kommunistischen Jugend des Landes, Einheitsfronten (unter den verschiedenen Schlagworten) herzustellen. Die sozialistische Jugend Frankreichs hat alle diese Angebote abgelehnt. Entgegen der kommunistischen Parole, eine „Front der Jungsozialen Generation“ zu bilden, erklärte die sozialistische Jugend in Frankreich, daß der Kampf für die Befreiung der Arbeiterschaft nicht unter dem Gesichtspunkt des Generationenproblems, sondern nur als Klassenkampf geführt werden könne. Den die SJ Frankreichs als ein untrennbarer Teil der Sozialistischen Partei ihres Landes mit dieser zusammen führe; eine Aktion unter im Zeichen der „Generation“ wäre Augenwischerei. Ebenso aber lehne die SJ Frankreichs den kommunistischen Vorschlag auf Bildung einer Vereinigung der französischen Jugend, das heißt einer Verlobung der Jugend aller möglichen Richtungen ab, eines Zusammengehens der sozialistischen Jugend mit den katholischen, nationalen, agrarischen Jugendbewegungen. Auch hier handle es sich um eine kommunistische List, um nicht zu sagen: um einen Betrug. Die Natur des Kapitalismus schaffe auch innerhalb der Jugend eine Rechte und eine Linke, die nicht geeinigt werden können, selbst wenn man es wollte. Die sozialistische Jugend fühle sich als integraler Bestandteil der Partei, ohne selber eine politische Partei darzustellen. Und eine Einigung zwischen SJ und KJ könnte erst erfolgen, wenn eine Verämelung der beiden Parteien stattgefunden hätte. Daher halten die sozialistischen Jugendlichen auch die ständigen Mandate der kommunistischen Jugend, an einzelne Gruppen der SJ mit ihren Einheitsfrontvorschlägen heranzutreten, für Aktie, die dem Geist und Pakt der Volksfront widersprechen.

Abg. Genosse Krejci über Parteifragen sprach. An die Referate schlossen sich in allen drei Konferenzen, die in Habsbad, Trautenau und Arnau stattfanden, rege Aussprachen an, die zeigten, daß unsere Bezirks- und Gemeindegemeinschaften überal ihre Pflicht zu erfüllen trachten und eine Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern bei den kommenden Gemeindegemeinschaften nicht zu scheuen brauchen. Die von einzelnen Genossen gestellten Anfragen wurden von den Referenten im Schlußwort beantwortet. Einige Mitteilungen über ausgezeichnete Erfolge der Gemeindegemeinschaft und bei der Werbekaktion zeigten, daß es überall vorwärts geht und auch die Stimmung der Konferenzteilnehmer, von denen einige einen stundenlangen Fußmarsch zurücklegen mußten, um an der Konferenz teilnehmen zu können, war ausgezeichnet. Allgemein wurde die Mitteilung begrüßt, daß nunmehr diese Aussprachen regelmäßig einberufen werden.

Unter dem Kabinette Brüning wurde er wegen eines in der „Weltbühne“ erschienenen Artikels vor Gericht gestellt und wegen Landesverrats zu einer Gefängnisstrafe in der Dauer von einundhalb Jahren verurteilt. Nachdem er sieben Monate dieser Strafe verbüßt hatte, wurde er anlässlich der bei der zweiten Wahl Hindenburg zum Reichspräsidenten erlassenen Amnestie in Freiheit gesetzt.

Als Adolf Hitler und die nationalsozialistische Partei im Deutschen Reich zur Macht gelangten, wurde Ostfiekli als eine staatsgefährliche Person in die sogenannte Schutzhaft genommen, aus welcher er erst vor einigen Tagen entlassen wurde. Der Friedenspreisträger für das Jahr 1936, der argentinische Außenminister Carlos Saavedra, der argentinische Außenminister Carlos Saavedra wurde im Jahre 1880 geboren. Er stammt aus einer Familie, die sich um Argentinien verdient gemacht hat. Sein Großvater war der General Cornelius Saavedra, der erste Präsident der argentinischen Republik, der an der Spitze des Befreiungskampfes gegen Spanien stand. Carlos Saavedra Lamas war Professor der Soziologie an der Universität in Buenos Aires, wo er über Verfassungs- und öffentliches Recht, über Finanzwirtschaft und Nationalökonomie vortrug. Über diese Gebiete verfaßte er viele wissenschaftliche Abhandlungen, die zum Teil in fremde Sprachen übersetzt wurden. Seit dem Jahre 1910 war er Abgeordneter und im Jahre 1917 wurde er zum ersten Mal Minister, und zwar für Justiz und Inneres.

Carlos Saavedra Lamas ist ein begeisterter Anhänger des Völkerbundes. Bekanntlich war Saavedra Lamas Vorsitzender der heurigen Septembertagung der Völkerbundversammlung. In Genf bekämpfte Saavedra Lamas stets aufs Entschiedenste die Idee, daß die lateinamerikanischen Staaten den Völkerbund verlassen und einen selbständigen Bund der amerikanischen Staaten gründen sollen. Als ständiges Mitglied der Panamerikanischen Konferenz erwählte Saavedra Lamas ein Verdienst als Autor des Vertrages vom 10. Oktober 1933 d. i. des sogenannten Antikriegspaktes. Dieser Vertrag weist zum erstenmal den Grundlag auf, daß über ein mit Gewalt erworbenes Gebiet die Staatsouveränität nicht anerkannt werden kann. Saavedra Lamas setzt sich dafür ein, daß dieses Prinzip in den Völkerbundpaakt aufgenommen werde.

Der sogenannte Antikriegspakt vom Jahre 1933, der von der Panamerikanischen Konferenz angenommen wurde, ist auch allen übrigen Staaten zugänglich. Es ist zu erwähnen, daß diesem Pakt u. a. auch die Staaten der Meinen Entente beigetreten sind. Argentinischer Außenminister ist Saavedra Lamas seit dem Jahre 1932. Verdienste um den Frieden erwirbt sich Saavedra Lamas auch als Vorsitzender der Friedenskonferenz, mit der der Krieg um das Gran-Chaco-Gebiet beendet wurde.

Tagesneuigkeiten

Ein Sieger und ein Besiegter

Daß Osfiegth den Nobel-Friedenspreis bekam, das ist auch eine schwere moralische Niederlage eines anderen Nobelpreisträgers und ist der Sieg eines zum Schweigen Gezwungenen über einen, der über die Freiheit des Wortes verfügt: Niederlage, schwere moralische Niederlage Knut Hamsun. Der norwegische Dichter Knut Hamsun, dessen Wort frei ist, weil er Bürger eines demokratischen Staates ist, hat vor nicht allzu langer Zeit sich mit häßlichen Worten gegen Osfiegth gewandt. Mit feigen Worten: denn Osfiegth konnte nicht antworten. Hamsun fand es ganz in Ordnung, daß Osfiegth eingeleitet war. Ein Mann des Wortes, ein Dichter, billigte es, daß ein Mann des Wortes besworen, weil er Worte der Wahrheit gesprochen, verfolgt wurde! Knut Hamsun erwarb sich zwar damit die laute Zustimmung derer, die allein im Dritten Reich sprechen dürfen und es auftragsgemäß tun, aber er rief zugleich auch eine Klust auf zwischen sich und der geistigen Welt, zwischen sich und seinem Volk. Ganz Norwegen wandte sich gegen ihn. Schon das war eine moralische Niederlage Knut Hamsuns, daß bei den norwegischen Wahlen die Faschisten vernichtend geschlagen wurden, — die Partei, das Parteichen Knut Hamsuns. Und nur die zweite, noch schlimmere, die schwerste moralische Niederlage: Osfiegth bekam den Friedenspreis. Auch über den irrenden verirrten Dichter schreitet die Geschichte hinweg.

Muß das sein? Aus Anlaß des zweifellos durch Fahrlässigkeit verschuldeten Eisenbahnunglücks bei Letovic schreibt uns ein Leser, daß es nicht zu verwundern sei, wenn solche Unglücksfälle vorkommen. Man könne nur zu oft beobachten, daß auf gewissen Bahnhöfen — er nennt vor allem A u s f i g, das ja eine besonders unzulängliche Konstruktion für einen großen Bahnhauptpunkt hat — kurz vor der Passage der Schnellzüge noch Verschublokomotiven scheinbar sinnlos umherfahren und Lastzüge verschoben werden. Gewiß kann der Raie nicht immer beurteilen, was nötig ist und was nicht, aber auf fallend und gefährlich ist es schon, wenn man die Verschubmänner gerade in den paar Minuten vor Einfahrt und Abfertigung eines Zuges vornimmt. Oft sieht man im letzten Augenblick einen Beamten aus der Kanzlei fürgen und aufgeregt gestikulierend dem Lokomotivführer befehle machen, daß er rasch zu verschwinden habe. Bruchteile von Minuten später läuft auf dem gleichen Geleise dann ein Schnellzug mit bedrohlicher Geschwindigkeit ein. Dazu die kurzlich von uns gerügten dauernden Verspätungen und Unachtsamkeiten — man darf sich dann nicht wundern, wenn schwere Unfälle geschehen!

Ein Hund bringt ein Militärauto zum Sturz. Dienstag um 7 Uhr früh fuhr in zwei Militärlastautos 40 Soldaten vom Jahrbattalion 1 aus Josefstadt nach Pardubitz, um eine physio-technische Prüfung abzulegen. Vor der Elbe-Brücke beim Heiligen Josef lief ein Hund vor das zweite Auto. Er wurde von dem einen Vorder- rad erfasst, das Lastauto kam ins Schleudern und stieß einwärts auf einen Baum auf, wobei der Soldat Josef Novotný aus Dobruška getötet wurde, der mit zerschmettertem Schädel aus dem Auto fiel. Feigner wurden sieben Soldaten verletzt, von denen vier im Pardubitzer Bezirkskrankenhaus belassen wurden. Zum Glück hat nur einer der Verletzten eine ernsthafte innere Verletzung erlitten, die jedoch nicht lebensgefährlich ist. Die übrigen drei Soldaten wurden nach ihrer Pflege aus dem Krankenhaus entlassen.

Rebel. Der Schiffs- und der Flugzeugver-kehr in Rotterdam ist wegen dichten Nebels voll- kommen lahmgelegt. Im Hafen und in dessen Um- gebung ereignete sich eine Reihe von Zusammen- stößen, die aber nur Materialschäden verursach- ten. — 71 Meilen südwestlich von Kap Lizard er- eignete sich in dichtem Nebel ein Zusammenstoß zwischen dem norwegischen Dampfer „Marina“ aus Bergen und dem englischen Küstendampfer „Colmih Force“, der stark beschädigt und von seiner Mannschaft verlassen wurde. Die „Marina“ konnte die Schiffbrüchigen aufnehmen.

Fabrikbrand in Pest. In der Nacht zum Dienstag brach in den Anlagen der Hanf-, Zute- und Textilwaren-Industrie A. G. in Budapest ein Miesenfener aus, das erst nach neunstündiger Ar- beit der Feuerwehr lokalisiert werden konnte. Bei den Löscharbeiten geriet auch eine Abteilung der Feuerwehr in eine bedrängte Lage. Trotz der so- fort eingeleiteten Rettungsarbeiten blühte ein Feuerwehrmann das Leben ein, während zwölf weitere Feuerwehrleute, ein Feuerwehr-Komman- dant und ein Rettungsdarzi, erhebliche Brandwun- den erlitten. Trotz den vereinten Bemühungen der Feuerwehren, mehrerer Bezirke gelang es in den Mittagsstunden noch immer nicht, das Feuer voll- ständig zu löschen.

Dreizehneinhalbtausend neuer Rundfunk- hörer. Im Oktober wurden wiederum 13.558 neue Rundfunkkonsessionen ausgestellt, so daß sich die Gesamtzahl der Hörer in der Tschechoslowaki- schen Republik auf etwa 888.000 erhöht hat. Den

Warum Eisenbahnunfälle?

Nebel und andere Ursachen

Preßburg. Die Staatsbahndirektion Preß- burg gab zu dem Unglück auf der Bahnstrecke Sala nach Böhom-Galanta folgendes amtliche Kommuniqué heraus:

Zwischen Sala und Galanta wird der Bahn- oberbau ausgetauscht. Infolge dieser Arbeiten war das erste Geleise aus dem Verkehr ausge- schaltet und es arbeitete auf demselben Arbeiter mit einem Arbeitszuge. Am 23. November vor 11 Uhr ging von Sala auf diesem ausrangierten Geleise ein Motorarbeitszug mit drei mit Schwel- len beladenen Anhängewagen ab. Acht Arbeiter sahen im Motorwagen. Zur selben Zeit beendete seine Arbeit der Arbeitszug in Kilometer 104 und fuhr von diesem Kilometer nach der Station Sala zurück. Die Angestellten des Arbeitszuges sahen nicht, daß ihnen der Motorzug entgegen- fuhr. Ueber der Gegend lag d i c k e r N e b e l. Die Sicht war schwach, höchstens bis 150 Meter. Im Kilometer 111 stieß der Motorzug mit dem zurückfahrenden Arbeitszug zusammen. Der Ar- beitszug und der Motorzug bewegten sich mit einer Schnelligkeit von rund 20 Kilometer in der Stunde. Die Angestellten des Arbeitszuges und der Chauffeur des Motorzuges bemerkten, obzwar sie sich auf einer ebenen Strecke befanden, wegen des dichten Nebels die gefährliche Situation erst im letzten Augenblick. Der Chauffeur bremste heftig, doch war das Geleise feucht, weshalb es ihm nicht gelang, den Motorwagen zum Stehen zu bringen. Er stieß rasant auf den letzten Wagen des Arbeitszuges. Durch den Anprall fiel die Ladung der drei Anhängewagen aus denselben heraus, verschüttete die im Motorwagen sitzenden Arbeiter und beschädigte außerdem auch den Ar- beitswagen. Durch den heftigen Zusammenstoß wurden sieben Arbeiter des Arbeitszuges leichter verletzt. Die übrigen Arbeiter des Arbeitszuges verständigten sofort die Station und begannen die verletzten Arbeiter zu bergen. Aus den Trüm- mern der Schwellen und der Wagen wurden Jan Merva aus Dabocze und Mikuláš Horváth aus Bereč bereits tot hervorgezogen. Die Schwerver-letzten Alexander Mějšáček und Franz Petro starben unterwegs nach Sala. Ignác Papp und Alexander Vuš starben auf dem Weg ins Kran- kenhaus von Nové Jámky. Der Chauffeur Mikuláš Vereni und der neben ihm sitzende Jan Fring sprangen im letzten Augenblick vom Motorwagen ab und retteten sich so. Der Chauffeur bewein- tete, daß, als er sah, daß der Zusammenstoß unab- wendbar sei, er den übrigen Arbeitern zuschrie, abzuspringen, diese hätten jedoch offenbar kein

Rufen nicht gehört. Der Zusammenstoß erfolgte zirka drei Kilometer vor der Station. Es wurde sofort ärztliche Hilfe alarmiert, jedoch auch das rasche Einschreiten half nicht, da der größte Teil der Arbeiter tödliche Verletzungen erlitten hatte. Der Vorfall wird weiter untersucht.

Der Rebel erklärt gewiß die tragische Tat- sache, daß die Beteiligten die Gefahr erst im letz- ten Augenblick erkannten. Er ist aber keine Er- klärung oder Entschuldigung für den merkwür- digen Umstand, daß sich auf ein- und demselben Geleise zu gleicher Zeit zwei Züge einander ent- gegen in Bewegung setzen können. Hier muß doch im Signaldienst ein schweres Versäumnis oder Versagen vorliegen. Ein Eisenbahngeleise ist doch keine Landstraße, auf der man einfach losfährt. Wußte man in der Station nicht, daß der Arbeits- zug auf der Strecke und unterwegs war? Wuß- ten die Leute vom Arbeitszug nicht, wann sie freie Fahrt hatten? Die Untersuchung wird hier noch einige Fragen zu klären haben, ebenso wie in dem Letovicier Fall. Die Häufung der Unfälle in den letzten Monaten gibt allen Anlaß, ganz allgemein nach den Ursachen des so oft versagenden Sicherheitsdienstes auf den Bahnen zu fragen.

In einer Provinzzeitung war kürzlich eine Einschaltung einer St.-B.-Direktion zu lesen, worin die dauernden Verspätungen damit be- gründet werden, daß man seinerzeit auf Wunsch und Drängen des reisenden Publikums die R a h r z e i t e n b e r l i r z t habe und nun diese Zeiten nicht einhalten könne. Daran ist aber wahrhaftig nicht das Publikum schuld. Daß die Reisenden ein beschleunigtes Tempo und ähnliche Schnellfahrten und Präzision des Bahn- verkehrs verlangen wie in anderen Ländern, ist doch begreiflich. Wenn unsere Bahnen nicht in der Lage sind, diesen Wünschen nachzukommen, muß es offen erklärt werden. Am Fahrplan Reforme zu brechen und fabelhafte Fahrzeiten mit kurzen Aufenthalten zu haben, ist keine Kunst und völ- lig überflüssig, wenn man in Wahrheit die Zei- ten nicht einhalten kann. Für den Mai hat die „Pr. Presse“ kürzlich neue Fahrthe- s e n u n g e n in Aussicht gestellt. Es wäre angebracht, der vielen Unfälle wohl gehei- ter, in dringenden Fällen die R a h r z e i t e n w i e d e r auf das unfreie Material und unfreie Strecken entsprechende Maß z u r ü c k z u - s t r a u b e n!

größten Anteil an dem Zubachs hat wiederum Prag mit 6686 neuen Hörern. In Brünn beträgt der Zubachs 2758, in Pardubitz und Troppau zweieinhalbtausend. Die Post- und Telegraphen- direktion Prag hat jetzt 480.478, jene in Pardubitz 86.919, in Brünn 152.836, in Troppau 69.037, in Kaschau 24.281 und in Uhorod 8882 Hörer.

Ein grauenvoller Verur. In Japan gibt es einen neuen Verur, den des — G a s m a s t e n - p r ü f e r s! Er wird von den Gasmasinenfabri- kanten eigens dazu angestellt, sich eine Gasmaske vorzubinden, sich in einen mit Giftgas gefüllten Raum sperren zu lassen und als Versuchsojekt zu dienen. Kommt er lebend wieder zum Vorschein —, dann, ja dann ist die Maske gut! Findet da- gegen nach einigen Tagen seine Beerdigung statt, dann ist die Serie, der die Gasmaske entnommen war, noch einmal zu überprüfen. Man berichtet, daß in einer Gasmasinenfabrik innerhalb kurzer Zeit sieben Menschen auf diese Weise umlanten! Der Tageslohn für diese Beschäftigung entspricht — einem englischen Schilling. So feiert die Kriegsbarbarei schon vor Kriegsbeginn Triumphe, und sie scheint förmlich mit der Jahreszahl anzu- steigen.

Erst Schuldenzahlung — dann Krönungs- feier! In London herrscht steigende Erregung über die Tatsache, daß man in Amerika die kom- mende Krönungsfeier und vor allem die Kosten dieser Krönung immer heftiger kritisiert. Man ist hauptsächlich verstimmt über eine Rede des demokratischen Mitgliedes des Repräsentanten- hauses Dannon, in der es heißt, daß die Krönung die Engländer rund 40 Millionen Dollar koste. Es wäre besser, sie würden dieses Geld dazu verwenden, ihre Kriegsschulden abzugahlen. Die amerikanischen Steuerzahler verstehen jeden- falls nicht, daß England sich einen solchen Luxus auf ihre Kosten leisten könne. In einer Resolu- tion, die Cannon dem Staatsdepartement einge- reicht hat, heißt es: „Es darf nicht erlaubt sein, daß ein Schuldner riesige Geldsummen für un- nötige Vergnügungen und verlebende Propa- ganda herauswirft, ohne auch nur den Versuch zu machen, seine Schulden zu bezahlen.“

Jesse Owens als Politiker. Der amerikanische Wegetläufer Jesse Owens, Champion der letzten Olympiade, wurde selbstverständlich auch wegen sei- ner großen Popularität während der Präsidentschaftswahlkampagne von den beiden großen Parteien heftig umworben. Im Gegensatz zu Dempsey und anderen Sportgrößen entschied er sich zugunsten Lam- dons und trat mehrmals in Versammlungen der Republikaner auf. Mit dieser Wahl hatte er bei sei- nen eigenen schwarzen Freunden kein Glück, beson- ders nachdem Roosevelt erklärte, daß er keine Klassen- frage in Amerika kenne. Als einer seiner Bekannten dieser Tage Jesse Owens auf der Straße traf, sagte er ihm: „Du läufst zu, aber leider denkst du auch mit den Füßen.“

mehr zum Schutze des Gedentages für die (von wem?) Ermordeten der Bewegung am 9. November eine Verordnung erlassen, durch die . . . in Räumen mit Schanbetrieb musikalische Darbietungen jeder Art mit Ausnahme der Darbietungen der deutschen Rundfunksender und ferner alle anderen der Unter- haltung dienenden öffentlichen Veranstaltungen ver- boten werden, sofern bei ihnen nicht der diesem Tage entsprechende ernste Charakter gewahrt ist. Für jeden Fall der Nichtbefolgung dieser Verordnung sind Polizeistrafen angedroht.“ Denn dieser Tag ist, laut DMS, so sehr „ein Tag der Einkehr und des nationalen Erinnerns“ (— an bessere „System“- Zeiten? —), daß dem Erziehungsobjekt der „Auf- ordnung“ schon von selbst das Lachen vergeht.

Ein heller Meteor am Abendhimmel. Die Stefánit-Volksternwarte in Prag, Pctin, erhielt Nachrichten von der Beobachtung eines großen Meteors, der am 23. November d. J. etwa um 18:30 Uhr in grünem, blendendem Licht aufleuchtete und eine feurige Spur aus roten Funken hinterließ. In Brünn wurde der Meteor am westlichen Himmel unterhalb des Figliereus Wegs, in Holoubkov bei Mothram am östlichen Himmel in der Richtung gegen Přibram beobachtet. Der Meteor ist demnach wahr- scheinlich über Ostböhmen hinweggegangen. Er war so hell, daß er die Lichtstärke des Mondes übertraf und die Gegenstände dunkle Schatten warfen. Die Stefánit-Volksternwarte bittet zufällige Beobachter, die die Lage und die wahrscheinliche Bahn des Meteors zwischen den Sternen und mit Rücksicht auf den Zenit, den Zenit, die Himmelsrichtungen, den Mond u. ä. angeben können, um Bericht und um die Befreiung der Erscheinung.

Motorrad samt dem Fahrer in Brand geraten. Gestern nachmittags sprühte in der Wetzelsbrunn in Prag XII etwas Benzin aus dem Behälter des Motorrads, auf dem der 24-jährige Radlerer Bohu- mil Václav aus Prag XII saß, auf dessen Anzug, der hierbei in Brand geriet. Václav sprang ab und versuchte durch Wälzen auf dem Boden vergeblich das Feuer zu löschen, das nun auch auf das Motor- rad übergriff. Einem in der Nähe befindlichen Polizeisten gelang es, das Feuer mit einem Mantel aus Löschwolle von einem vorübergehenden Briefträger ausgeborstet hatte; trotzdem erlitt Václav Brandwunden ersten bis dritten Grades an den Beinen und mußte durch ein vorbeifahrendes Auto ins Allgemeine Krankenhaus gebracht werden. Zum Löschen des brennenden Motorrads mußte jedoch die Feuerwehr mit drei Wagen geholt werden; der Ver- kehr blieb hierdurch etwa fünf Minuten lang unter- brochen. Der Vorfall hatte einen großen Menschen- auflauf zur Folge.

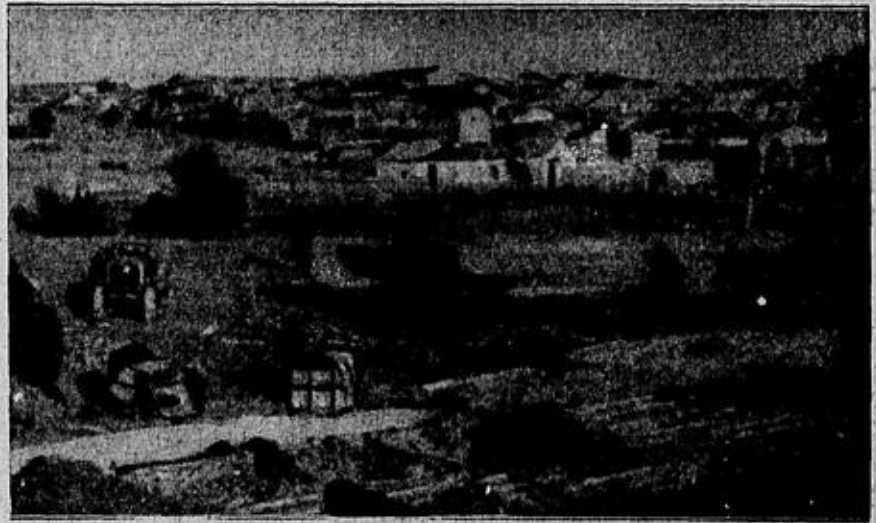
Die ruhige winterliche Witterung wird bei uns voraussichtlich noch in den nächsten Tagen andauern. Erst später könnte sich in Böhmen der Einfluß einer Störung, die sich über dem Ozean westlich von Island bildet, geltend machen. — Wahrscheinliches Wetter Mittwoch: Andauern der winterlichen Witterung mit lokalen Bevölkerungsschwächen, Frost, auf den Bergen heiter und wärmer. In Kar- pathenland Schneefälle möglich. — Wetteraus- sichten für Donnerstag: Ohne wesentliche Ände- rung.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Donnerstag:

Prag, Sender I: 7: Morgenmusik, 10:05: Deutsche Presse, 10:15: Deutsche Sendung: Vor- sehung aus dem Buch „Mitter“ von Wagerl, 12:10: Opernszenen, 16:55: Konzert für Geige und Klavier, 17:45: Deutsche Sendung: Frohe Wi- für die Jugend, 18:05: Prof. Wirt: Soll ich zum Thea- ter gehen? 18:45: Deutsche Presse, 18:55: Deut- scher Kulturbericht vom Tage, 20:20: Werft: Qua- rez und Maximilian, dramatische Historie, über- setzt von Oskar Fischer, 22:15: Schallplatten. Sender II: 7:30: Populäres Konzert, 14:15: Deutsche Sendung: Präsident Eder: Internatio- nale Zusammenarbeit des Handwerks, 18: Tsch- echische Volkslieder, 19:10: Solo auf Harmonika. — Brünn 12:35: Rundfunksenderkonzert, 17:40: Deutsche Sendung: A r b e i t e r u n t e r d e n : Urbanek: Die Arbeiterbewegung in den deutschen Städten während. — Preßburg 11:05: Salonorchesterton- zert, Italienische Arten. — Kaschau 16:10: Rund- funksenderkonzert. — Mährisch-Odrau 15: Rund- funksenderkonzert.



Schwere Haubitzen in Feuerstellung vor Madrid
15-Zentimeter-Gaubitzen der Marokkaner in Feuerstellung bei Segaria im Süden Madrids.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Beseitigung der Handelshindernisse ausgeblieben

Feststellungen des Bankrates — Günstige Bausaison — Inlandsbelebung

Der Bankrat der Nationalbank hielt am 24. d. M. seine ordentliche Monatsitzung unter dem Vorsitz des Gouverneurs M. Dr. Karel Engliš ab. Dem vorgebrachten Geschäftsbericht entnehmen wir:

Nach der durch die Währungsereignisse in Europa im Vormonat entstandenen Unruhe trat in der internationalen Wirtschaftslage eine verhältnismäßige Ruhe ein;

es kam jedoch nicht zu der vorausgesehenen größeren Beseitigung der Hindernisse des gegenseitigen Warenverkehrs. Die Entwicklung bessert sich weiter in zahlreichen Staaten, einer größeren Entlastung der Wirtschaftstätigkeit steht jedoch bisher die nicht gelöste politische Unruhe, namentlich in Europa, im Wege.

In der Tschechoslowakei hält die mäßige Belebung in der Erzeugung an, welche sich gegenüber dem Vormonat stellenweise noch verstärkt; die Bausaison dauert länger als in den vorangegangenen Jahren und besitzt ein größeres Ausmaß. Der Absatz der Güter des allgemeinen Bedarfs hebt sich.

Auf dem Geldmarkt herrschte Ruhe. Die Kreditansprüche traten aus den mäßigen Grenzen nicht heraus, da die Unternehmungen bisher ihren Finanzbedarf aus den eigenen liquiden Quellen bestritten. Dies geht auch aus dem Umstand hervor, daß bei dem ungefähr stetigen

Niveau der Gesamtsparanlagen eher größere Einlagen bei den Geldanstalten erhoben werden, während die Anzahl der kleinen Sparverträge mit der fortschreitenden Zunahme des Nationaleinkommens wächst.

Das leichte Ansteigen des Preisniveaus dauert — parallel mit der Preisentwicklung im Auslande — sowohl laut dem Index der empfindlichen Preise als auch dem Großhandelsindex bis zum 1. November l. J. Der Index des Lebensstandards und der Kleinhandelsindex der Nahrungsmittel befestigte sich etwas zur Oktobermitte.

In der Industriebeschäftigung hat die Aktivität gegenüber dem Vormonat stellenweise eine weitere Besserung erfahren.

Der inländische Warenabsatz belebt sich, was den Export anbelangt, so wächst namentlich in den letzten Wochen das Interesse an neuen Bestellungen aus der Tschechoslowakei. Das Arbeitsloseniveau ist beträchtlich niedriger als zur selben Zeit des Vorjahres, besonders infolge der heurigen langen und regen Bausaison.

Im Oktober-Außenhandel kommt neben der bisherigen ständig zunehmenden Ausfuhr nach den freien Märkten auch eine merkliche Einfuhrsteigerung auf Grund der Bestellungen aus der Vordevaluationszeit zum Ausdruck. Die Monatsbilanz wies daher im Oktober ein kleineres Passivum auf.

Um 170.000 mehr Beschäftigte

Im Oktober 1936 waren bei den 295 Krankenversicherungsanstalten, welche der Aufsicht der Zentral-Sozialversicherungsanstalt unterstehen, gegen Krankheit versichert:

a) nach dem Gesetz 221/24 (Arbeiter)	
Männer	1.385.994
Frauen	848.190
	2.234.184

Gegenüber September 1936 mehr um 10.701, gegenüber Oktober 1935 mehr um 165.171.

b) nach dem Gesetz 117/26 (Pensionsversicherung)	
Männer	124.509
Frauen	54.380
	178.889

Gegenüber September 1936 mehr um 2053, gegenüber Oktober 1935 mehr um 7314.

Versichertenbewegung im tschechischen Gebiet

Der Oktoberbericht des Zentralverbandes der Krankenkassen in Prag weist eine weitere Besserung der Beschäftigung im Industriegebiet aus, stellt aber gleichzeitig fest, daß heuer kein weiteres Ansteigen zu erwarten ist, da neue Impulse für eine Vermehrung der Arbeitsmöglichkeiten nicht vorhanden sind. Die Zunahme der Versichertenzahl ist vor allem auf die Zuckerkampagne zurückzuführen. Verhältnismäßig günstig ist die Beschäftigung in der Textil-, Wirkwaren- und Bekleidungsindustrie, ebenso in der Metallindustrie und vereinzelt im Baugewerbe. Dagegen sinkt, wie schon im September zu sehen war, die Beschäftigung in der Landwirtschaft. Die öffentlichen Arbeiten (Straßen usw.) gehen zurück.

Von den 84 dem Verband angehörenden Anstalten melden 50 einen Versichertenzuwachs von 21.609, 34 eine Abnahme von 4486, so daß der reine Zuwachs 17.123 gegenüber dem September 1936 beträgt.

Insgesamt waren im Oktober bei den 84 Anstalten 882.807 Personen versichert, gegenüber 845.774 im September 1936 und 792.120 im Oktober 1935. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr beträgt demnach 70.777 oder fast 9 Prozent.

Königshofer Cementfabrik verkauft Prager Eisenpaket

In der am Montag, den 23. d. M., abgehaltenen Verwaltungsrats-Sitzung der Königshofer Cement-Fabrik, Aktiengesellschaft, wurde der Bericht über die Geschäftsergebnisse der ersten neun Monate dieses Jahres erstattet.

Der Absatz der Erzeugnisse der Gesellschaft in dem genannten Zeitraum war besser als in derselben Zeit des Vorjahres. Namentlich der Absatz an Zement ergibt eine Steigerung um ungefähr 24%, so daß man mit einer mäßig gebesserten Dividende rechnen kann, die zum Unterschiede von den letzten zwei Jahren aus den Erträgen des laufenden Geschäftsjahres ausbezahlt werden wird.

Der Verwaltungsrat hat ferner mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß es gelungen ist, zwischen der Königshofer Cement-Fabrik, Aktiengesellschaft, und der Prager Eisen-Industrie-Gesellschaft ein Uebereinkommen zu vereinbaren, mit welchem bis zum Jahre 1940 das gegenseitige Verhältnis der beiden Gesellschaften sowohl was die Abgrenzung des Erzeugnisprogramms, als auch die gegenseitige Sicherstellung der Interessen als Lieferanten und Kunden betrifft, geregelt wird. Nachdem

infolge der langfristigen Regelung dieser Fragen der Grund weggefallen ist, aus welchem die Königshofer Cement-Fabrik, Aktiengesellschaft, vor Jahren einen 25%igen Anteil an dem Aktienkapital der Prager Eisen-Industrie-Gesellschaft erworben hat, hat der Verwaltungsrat einstimmig das mit der Bivostenska banka in Prag getroffene Uebereinkommen genehmigt, wonach dieses Institut die gesamte Beteiligung der Königshofer Cement-Fabrik, Aktiengesellschaft, an der Prager Eisen-Industrie-Gesellschaft übernimmt.

Infolge dieser Transaktion werden für die Königshofer Cement-Fabrik, Aktiengesellschaft, beträchtliche Mittel zur Verwendung in ihrem eigenen Wirkungskreis freigegeben, die bisher in der Beteiligung an einer ihrem eigenen Fabrikationsprogramm fremden Branche festgelegt waren.

Sobald der Verwaltungsrat gleichfalls einstimmig den Ankauf sämtlicher Aktien der Firma „Union“ Portland-Zementfabrik A. G., Bratislava, genehmigt, die eine moderne eingerichtete Portland-Zementfabrik in Stupava bei Bratislava besitzt. A 24

„Nationale“ zerstören ihre Hauptstadt

Die „Kommunisten“ retten die Kulturschätze

Der Korrespondent der europäischen Ausgabe der „New York Herald Tribune“, der den Prado im Osten von Madrid besucht hat, wo sich die größte spanische Gemäldegalerie befindet, meldet: Fast alle Fenster dieses spanischen Nationalmuseums wurden bei den letzten Beschädigungen zerstört. Arbeiter sind sieberhaft mit dem Fortschaffen der Bilder beschäftigt, die in großen Kisten fortgetragen und mit der Eisenbahn nach Valencia und nach Alicante abtransportiert werden. Die Hüfen wurden von den Soldaten genommen. Auch aus dem Escorial-Palast wurden die wertvollen Gemälde von Velasquez und Tintoretto nach Madrid in Sicherheit gebracht und in den Kellern der spanischen Nationalbank deponiert. In Madrid wurden durch die Beschädigung und durch Artilleriefeuer große Schäden verursacht. Der ehemals dem Herzog von Alba ge-

„Wohin hat uns die Nicht-Intervention geführt?“

Eine Meinungsäußerung Louls de Brouckères, des Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

Der Brüsseler „Peuple“ veröffentlichte am letzten Sonntag aus der Feder de Brouckères einen Leitartikel, der uns wichtig und interessant genug erscheint, um hier wenigstens auszugsweise wiedergegeben zu werden.

De Brouckère leitet seine Ausführungen mit der Frage ein,

wie lange noch die abendländischen Nationen ihre falsche „Neutralität“ gegenüber Spanien werden aufrecht erhalten können.

Das Argument der Nichtinterventionisten, die spanische Regierung möge oder könne ihren Widerstand gegen die Rebellen aufgeben, sei falsch, denn Spanien werde sich auf keinen Fall den marokkanischen Barbaren unterwerfen, die für acht Pfennig im Tag und gegen das Versprechen, plündern zu dürfen, kämpfen. Es sei aber auch ganz irrig zu glauben, man könne durch die Nichtintervention sich selber aus dem Konflikt und seinen Verwicklungen ausschalten.

Man möge sich nicht einbilden, daß man selber in diesem Europa in Sicherheit leben könne, wenn an seinen vier Enden Feuer gelegt ist.

Weil man Franco gestatet hat, genügend Kräfte zu sammeln, um Madrid zu bedrohen, und weil man den faschistischen Mächten den Einbruch vermittelte, sie könnten sich ungefragt alles erlauben, haben Italien und Deutschland die Vorkriegs-Regierung anerkannt. Österreich und Ungarn folgen. Werden die anderen Mächte diese Regierung auch anerkennen?

Wird man entgegennehmen, daß jemand legitime Autorität dadurch erwirbt, daß er einen Teil eines Landes mit fremden Truppen erobert?

Die Regierung Franco anerkennen, bedeutete, die Situation hinzunehmen, die durch ihn auf den Balearen, in Marokko, auf den Kanarischen Inseln geschaffen wurde. Das aber bedeutete für Frankreich eine Gefährdung seiner Beziehungen mit Nordafrika, für Großbritannien

eine Bedrohung seines Imperiums in Port Mahon und in Ceuta.

Die Rebellen kündigen die Blockade vor Barcelona an und damit würden gefährliche internationale Fragen aufgeworfen. Die Schiffe der Burgos-Regierung sind nichts anderes als Piratenschiffe. Wird man ihnen gestatten, fremde Fahrzeuge zu überfallen? Tatsächlich würden sich im westlichen Teil des Mittelmeeres italienisch-deutsche Kräfte mit einer fest organisierten Basis auf den Balearen bilden. Werden Großbritannien und Frankreich dies dulden können? Weiter wird erklärt, daß man den russischen Schiffen den Zutritt zu Spanien verweigern wird. Man rechnet damit, daß das noch isolierte Sowjetrußland es nicht wagen würde, solcher Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Kein Zweifel, daß man mit der Freiheit in der Welt rechnet. Aber wer sähe nicht,

daß man so, weit davon entfernt, den Krieg zu vermeiden, ihn erst recht herbeiführt?

Rußland würde sich auf seine Weise rächen: die Kriegshandlungen würden sich vervielfachen und würden ständige Zwischenfälle nach sich führen. Bis man, um nicht in gänzlichem Barbarismus zu verfallen, eingreifen müßte, um die Sicherheit der Meere wieder herzustellen.

Und das ließe sich dann nicht mehr allein mit friedlichen Mitteln bewerkstelligen.

Als ich — so schließt de Brouckère — von Madrid zurückkehrte, noch unter dem ganz frischen Eindruck dessen, was ich dort sah, schrieb ich: Der spanische Regierung ihr natürliches Recht nehmen, Waffen kaufen zu dürfen, hieße geradezu, der Verallgemeinerung des Kriegs in Europa entgegenzugehen. Jeder Tag, der vorübergeht, beweist deutlicher, wie sehr leider diese Voraussage gerechtfertigt war. Wieviel ist es heute noch nicht allzu spät, um den Frieden zu retten. Aber man möge doch begreifen, daß es höchste Zeit ist

Die Lage in Oviedo

Valencia. Das Spanische Pressebüro FPMN berichtet: In Gijon sind drei Zivilpersonen eingetroffen, welche aus Oviedo geflüchtet waren. Sie erklären, daß in Oviedo der Terror herrsche, und daß durch ihn vor allem das Proletariat betroffen werde. Schon das einfache Angehören zur Linken bedeute so viel wie ein Todesurteil über sich selbst. Die Bevölkerung ist ausgehungert und der Hunger fordert zahlreiche Opfer, besonders aber unter den Kindern. In Oviedo ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. Die Aufständischen

haben die Zwangsarbeit bei den Befestigungen eingeführt. Dieser Pflicht kann sich jener entziehen, welcher pro Arbeitstag 15 Peseten entrichtet. Damit in den Reihen der Aufständischen die Stimmung gehoben werde, wurden Nachrichten in Umlauf gebracht, daß Madrid gefallen sei. Der Bevölkerung bemächtigte sich jedoch Niedergeschlagenheit, als ihnen der wahre Stand der Dinge bekannt wurde.

Italienische Schwierigkeiten. (mh) Der „Manchester Guardian“ läßt sich über die Auswirkungen der von Mussolini unlängst vorgenommenen Zwangsanleihe berichten. Sein italienischer Sonderkorrespondent schreibt: „Was die Landbesitzer Italiens (von denen es 6 Millionen gibt), am meisten in Unruhe versetzt, ist die Zwangsanleihe auf alle ihre Immobilien in Höhe eines Fünftels des Wertes. Die meisten Landbesitzer haben kein Kapital. Womit sollen sie die Anleihe bezahlen? — Die Hausbesitzer sind in einer verzweiften Lage. Seit Jahren sind die Mieten weit niedriger gewesen als die Instandhaltungskosten; alle sind verschuldet; jetzt sollen sie ein Fünftel des theoretischen Wertes ihrer Häuser aufbringen — und ein neues Gesetz verbietet die Erhöhung der Mieten vor dem Jahre 1939. „Wie naiv“, sagen die Leute, „war Lenin, daß er das Privateigentum genauso unterdrückte. Hier wird es in aller Ruhe von Leuten unterdrückt, die sich als seine Verteidiger ausgeben.“ — Hunderte von Verhaftungen sind in den letzten Tagen in Mailand, Turin, Genua und Triest vorgenommen worden. Erstaunlich ist vor allem die (noch geheim gehaltene) Verhaftung des betagten Professors Mario Carrara von der Turiner Universität, eines Schwiegersohns des berühmten Kriminologen Lombroso. Carrara liebt den Faschismus zwar nicht, aber er hat nie am politischen Leben aktiv teilgenommen.“

Ein rettender Streich

In einem benachbarten Staat. Die Sozialdemokratische Partei ist dort verboten, aber sie hat natürlich nicht aufgehört zu bestehen. Im Gegenteil: sie kämpft überlebensfähig und zielbewusster denn je, und dieser illegale Kampf, dieser Kampf „unter der Erde“ erfordert mehr Idealismus, mehr Kraft, mehr Selbstopferung und mehr Todesmut, als der offene Kampf von ehemals. Es gilt dabei, tausenderlei Gefahren geschickt aus dem Wege zu gehen, und vor allem: geeignete Maßnahmen zu treffen gegen das Vorgehen. Wieviel brave Genossen sind auch schon die Opfer von Spießeln geworden, die es verstanden hatten, ihr Vertrauen zu erschleiden und sich in ihre Reihen einzuschmuggeln, um sie sodann gegen Judaslohn den Pöbeln und Wutbüden auszuliefern!

Um nun den Gefahren des Vertrauens und der Denunziation nach Möglichkeit vorzubeugen, wurde (insbesondere bei der Organisierung der Verbreitung illegaler Zeitungen und Flugblätter) ein System eingeführt, das darauf beruht, daß die den Verkehr von Genossen zu Genossen vermittelnden Personen einander nicht kennen, und daß niemals irgendwelche Namen genannt werden. Und da erregte sich nun vor einiger Zeit folgende Geschichte:

Ein Genosse erhielt von einem Vertrauensmann drei Pakete Flugblätter, mit dem Auftrag, sie drei Leuten zu übergeben, die ihn Montag um acht Uhr morgens im Hausflur X-Strasse Nummer foundsbiel erwarten und sich durch ein Lösungswort zu erkennen geben würden. Tag, Stunde und Treffpunkt waren auf einem Zettel vermerkt, den der Genosse zu sich nahm. Das war an einem Freitag-Nachmittag. Samstag früh erreichte nun der Vertrauensmann die Nachricht, daß man den Genossen, dem er die drei Pakete und den Adresszettel übergeben hatte, noch am Vortag — in dem Augenblick, als er mit den Paketen die Wohnung betrat — verhaftet hatte. Der Vertrauensmann war verzweifelt: Sicher hatte man bei dem Genossen auch jenen Zettel gefunden und würde nun versuchen, Montag früh die drei Leute im Hausflur X-Strasse Nummer foundsbiel abzufangen. Die Leute müßten auf jeden Fall gewarnt werden — aber wie? Er kannte weder ihre Namen, noch ihre Adressen, und es gab auch keine Möglichkeit, rechtzeitig jene (ihm gleichfalls unbekannt) Genossen auf Umwegen benachrichtigen zu lassen, denen die Namen der drei Gefährdeten bekannt waren. Also: was machen?

Der illegale Kampf ist ein ungemein anstrengender Kampf; doch er läßt den Willen und — schärft den Geist. — Der um das Schicksal in

höchster Gefahr schwebender Genossen befragte Vertrauensmann fand eine Lösung, und zwar eine geradezu genial zu nennende. Folgenden Tags erschienen in einigen Blättern Inserate mit diesem Wortlaut:

Einige Hundert
Arbeitslose gesucht für leichte Arbeit bei guter Entlohnung. Vorzustellen morgen, Montag, um 8 Uhr früh, X-Strasse Nummer foundsbiel.

Montag, 8 Uhr früh. Seit zwei Stunden lauern ein Duzend Kriminalbeamte in der Gegend des Hausflors X-Strasse Nummer foundsbiel. Da strömen von allen Seiten Männer herbei: arme Kerle, denen Hunger und Not aus den Augen sprachen. Was ist da los? Die „Gefreiten“ stehen vor einem Müßel und wissen sich schließlich keinen anderen Rat, als die Straße zu beiden Seiten abzutreten. Es entsetzt ein fürchterlicher Tumult, die genackelten Arbeitslosen schreien und fluchen, die Polizei holt Verstärkung herbei und der Großteil der armen Teufel wird abgeführt. Sie werden perlistriert, und alle müssen schließlich wieder entlassen werden. Die gefaschten drei Leute sind nicht unter ihnen, — natürlich: die haben den ihnen unverständlichen Anhang vor dem gewissen Hausflur gesehen und sich, da sie Untertanen, rechtzeitig aus dem Staub gemacht. M u n g o.

